Fachzeitschrift für die Bediensteten des Justizvollzugs **E 5604**

Der Vollzugsdienst

3/2012 - 59. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Anton Bachl begrüßt Kombination aus Bewährung und Arrest

Informationsgespräch mit MdB Sibylle Laurischk (FDP)

Seite 1

145 zusätzlich neu geschaffene Stellen für den Bayerischen Justizvollzug

Ministerin Dr. Beate Merk verkündet erfreuliche Nachricht

Seite 19

Finanzkrise: Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos

Rahmenbedingungen für die künftige Gewerkschaftsarbeit in NRW

Seite 44

„Vollzug in Brandenburg politisch verkauft!"

Lesen Sie in dieser Ausgabe im Fachteil: Kein Streikrecht für Beamte

BSBD-Landesvorstand:

Politischer Dialog mit dem Strafvollzugsbeauftragten der grünen Regierungsfraktion, MdL Jürgen Filius

Der Landesvorsitzende des BSBD – Alexander Schmid – und sein Stellvertreter – Georg Konrath – trafen sich am 19. März 2012 im baden-württembergischen Landtag mit dem rechtspolitischen Sprecher der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen – Jürgen Filius, MdL – zu einem Sondierungsgespräch. Im Vordergrund bei dieser Zusammenkunft standen das „gegenseitige Kennenlernen" und weitere Erörterungen zur zukünftigen Zusammenarbeit.

Regelmäßige gegenseitige Informationen wurden vereinbart. *Foto: BSBD-Baden-Württemberg*

Selbstverständlich waren auch Sachthemen nicht ausgeklammert. So wurden von **Schmid** und **Konrath** die Themen **„JVA Offenburg", Krankheitsstände** im Justizvollzug, **Haftplatzentwicklungsprogramm 2015, Vollzugliches Arbeitswesen** und Umsetzung der geplanten Maßnahmen rund um die Sicherungsverwahrung in den Vollzugsanstalten Freiburg und Bruchsal angesprochen und mit dem Abgeordneten **Filius** diskutiert.

Beendet wurde das einstündige Gespräch mit der Vereinbarung, sich zukünftig regelmäßig auszutauschen.
Zudem wurde **MdL Filius** das Angebot unterbreitet, den **BSBD** bei allen Fragen zum Justizvollzug mit einzubeziehen, um auch den Kolleginnen und Kollegen in den Justizvollzugsanstalten eine Stimme im politischen Raum der **regierungstragenden Fraktion der GRÜNEN** zu geben. Außerdem hat der **BSBD** den Abgeordneten **Filius** in seinen „Verteiler" für **AKTUELLES**, den **VOLLZUGSDIENST** und evtl. für weitere Berichte aufgenommen, so dass eine regelmäßige gegenseitige Information über all das stattfinden kann, was uns im Justizvollzug gerade bewegt. *asm/wok*

Gute JuM-BSBD-Tradition:

Gespräch mit Justizminister Rainer Stickelberger

BSBD-Landesvorstand setzt gleichermaßen auf Bewährtes und Fortschritt!

Es ist wieder einmal soweit: Guter jahrelanger Tradition folgend wird am 11. Juni das 2012er-Jahresgespräch mit Herrn **Justizminister Rainer Stickelberger** und mit Frau **Ministerialdirektorin Bettina Limperg** stattfinden. Vom **BSBD** werden daran neben dem **Landesvorsitzenden Alexander Schmid** weitere stellvertretende Vorsitzende, der Justitiar sowie der Pressereferent und aus gegebenem Anlass der Vorsitzende des Ortsverbands Offenburg teilnehmen. Auf freundliche Anforderung des Justizministeriums hat der **BSBD**-Landesvorstand am 6. Mai 2012 folgende **Themenwünsche** vorgelegt:

- Situation bei der Umsetzung der Planungen zur **Neugestaltung der Sicherungsverwahrung** in den Justizvollzugsanstalten Freiburg und Bruchsal (personelle und bauliche Entwicklungen);
- Situation bei der **„Rückabwicklung" des teilprivatisierten Betriebes in der JVA Offenburg**
  - Gibt es einen „Masterplan für den Ausstieg"?
  - Wie kann auf weitere personelle Engpässe in den privatisierten Bereichen des Dienstleiters **Kötter** reagiert werden?
- Fortschreibung und konkrete Umsetzungen des **Haftplatzentwicklungsprogramms 2015** mit zeitlichen und personellen Szenarien für die geplanten Maßnahmen;
- **Krankheitsstatistik im Justizvollzug 2007 bis 2011**
  - Wie „bewertet" das Justizministerium die Entwicklung der „Krankheitstage" bei den verschiedenen Laufbahnen im Justizvollzug?
  - Welche Maßnahmen wurden ergriffen oder sind in Planung, um weiteren negativen Entwicklungen entgegen zu steuern?
  - Sind die Kosten für die derzeitigen Krankenstände zu beziffern?
- **Vollzugliches Arbeitswesen (VAW)**
  - Gibt es konkrete Folgen, die aus der kritischen Denkschrift des Rechnungshofes zum Thema VAW und der daraus resultierenden Anhörung im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft des Landtags am 1. März 2012 zu erwarten sind?
  - Der **BSBD** hat ein Positionspapier „Werkdienst/Technischer Dienst" entwickelt. Wie stellt sich das Justizministerium zu den zwei Kernforderungen
    - Schaffung einer neuen „Werkdienstzulage" in der dort genannten Höhe?
    - der Korrektur des Wegfalls der Meisterzulage bei Aufstieg gem. § 22 LBG?
  - Aktuell wurde vom Kultusbereich mehrfach verlautbart, dass eine „Gleichstellung" des „Bachelor" mit dem „Meister" bei der dienstlichen Einstufung gesehen wird. Ergibt sich daraus für das Justizministerium konkreter laufbahnrechtlicher oder sonstiger Handlungsbedarf?

Über die Ergebnisse des Gesprächs mit **Justizminister Stickelberger** werden wir im Anschluss mit einem **AKTUELL** oder im nächsten **VOLLZUGSDIENST** berichten. *asm/wok*

Blaue Uniform:

Angekommen und angenommen!

Die neue blaue Uniform ist gerade bei der Verteilung an ihre Empfänger vom allgemeinen Vollzugsdienst. Der BSBD hat weit überwiegend Lob und Anerkennung gehört. Schnitt, Zusammensetzung und Qualität der Uniformteile scheinen zu stimmen. Das schwierige Projekt – allenthalben kritisch begleitet – wird offenbar ein voller Erfolg.

Ein voller Erfolg: Die neue blaue Uniform.

In einem Schreiben an die Bediensteten hat der **Landesvorsitzende Alexander Schmid** seiner Freude darüber Ausdruck gegeben und die Beteiligung des **BSBD** gewürdigt. Deshalb war es richtig und wichtig, dass der **BSBD** als einzig benannte Berufsgruppe der Einladung des **Justizministeriums** zur Teilnahme an der eigens eingerichteten Arbeitsgruppe „blaue Uniform“ folgte. So wurde in den vielen Gesprächen beispielsweise die Einrichtung des „Online-Shops“ zur Bestellung der Dienstbekleidung ebenso erfolgreich umgesetzt wie die Einführung eines „Reinigungsgeldes“, das nun „on top“ gezahlt und mit dem nicht mehr das Konto des Kleidergeldes belastet wird.

Selbstverständlich wird es bei einem solchen „Großprojekt“ weiterhin Regelungs- und auch Korrekturbedarf geben. Es seien nur beispielhaft die „Baustellen“: Höhe des zukünftigen Kleidergeldes, Ausstattung der Anwärterinnen und Anwärter, Verteuerung der Dienstbekleidung erwähnt. Zur Klärung dieser und neu auftauchender Probleme wurde deshalb mit dem Personalreferat des JuM ein weiteres Treffen der Arbeitsgruppe vereinbart. Um dieses aber sinnvoll und zielführend zu gestalten, soll zunächst ein „Erprobungszeitraum“ von etwa einem Jahr abgewartet werden.

Der Landesvorsitzende hat deshalb die Ortsverbände und örtlichen Personalräte gebeten, auflaufende Fragen und Anregungen der Kolleginnen und Kollegen zu sammeln und diese erst auf Abruf zur Sitzung der Arbeitsgruppe einem noch zu benennenden Empfänger vorzulegen.

Diese Bündelung erscheint effizient, sie schließt aber selbstverständlich akute Detailfragen zur neuen blauen Uniform nicht aus.

Zur Ergänzung drucken wir im Anschluss auch die **Pressemitteilung des JuM. vom März 2012 ab.**

Justizvollzugsanstalt Heilbronn
Telefon / Fax (07131) 798 181
E-Mail: schuhmacherei@jvaheilbronn.justiz.bwl.de

Von Grün auf Blau:

Dienstkleidung wird umgestellt

Auslieferung im Vollzugsdienst und Justizwachtmeister startet

Blau statt Grün, heißt es künftig in den Justizvollzugsanstalten und den Gerichtssälen des Landes.

Das Logistikzentrum Baden-Württemberg beliefert die Bediensteten im allgemeinen Vollzugsdienst sowie die Justizwachtmeister seit Mai 2012 mit neuer, blauer Dienstkleidung.

„Ob Cargohosen, Lederjacken, Hemden, Krawatten oder Mützen - die neue Dienstkleidung ist modern und funktional“, sagte **Justizminister Rainer Stickelberger** am Freitag (30. März 2012) in Stuttgart. „Und die große Zahl an Bestellungen zeigt, dass sie den Bediensteten auch gefällt.“ Seit Beginn des Jahres waren beim Logistikzentrum rund 1500 Vorbestellungen eingegangen. Die neue, blaue Dienstkleidung ist an den blauen Uniformen der Polizei orientiert. In den einzelnen Justizvollzugsanstalten sowie an den Gerichten waren zunächst Musterkollektionen geprüft worden. In der Justizvollzugsanstalt Stuttgart lief ein zweimonatiger Trageversuch, ehe die Dienstkleidung ausgeschrieben wurde und in die Produktion ging. Die Bediensteten erwerben die Kleidung über das ihnen zur Verfügung stehende Kleidergeld. Nach zwei Jahren wird überprüft, wie weit die Umstellung auf die blaue Dienstkleidung fortgeschritten ist. Zur Kollektion der blauen Dienstkleidung gehört unter anderem auch ein Strickpullover.

Weitere Informationen:

Insgesamt 2900 Männer und Frauen in der Justiz in Baden-Württemberg tragen bislang die grüne Dienstkleidung und können nun auf die blaue umstellen: Rund 2500 Bedienstete im allgemeinen Vollzugsdienst sowie etwa 400 Justizwachtmeister. Zu einer Kollektion der blauen Dienstkleidung gehören Hosen (Cargohose und Tuchhose – jeweils für Sommer und Winter), Jacken (Windjacke, Regenjacke, Winterjacke, Lederjacke), Oberbekleidung (Tuchjacke, Strickjacke, Hemden – jeweils Kurz- und Langarm in blau und weiß, Pullover), Schirmmütze, Gürtel, Schulterklappen, Krawatte, Strickmütze, Schal und Baseball-Cap.

Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Heilbronn am 29. März 2012

Drei goldene Ehrennadeln für 50-jährige Verbandszugehörigkeit

Um 16.30 Uhr begrüßte der Ortsverbandsvorsitzende Thomas Stuntz die anwesenden Mitglieder. Ein besonderer Gruß ging an die Anstaltsleitung, an die Ehrengäste und den Ehrenmitgliedern des Landesverbandes Wolfram Müller und Ernst Steinbach. Aus dem amtierenden Landesvorstand waren auch Wolfgang Neureuther und Lars Rinklin anwesend.

In seinem Bericht über die Aktivitäten des letzten Jahres sprach der Vorsitzende Stuntz über die Planung zur Teilnahme am **Delegiertentag** am 26. 10. 2012, die mit einem Bus nach Schwäbisch Gmünd ermöglicht werden soll. Dieses Jahr sei der Kontakt zu den lokalen Politikern sehr verstärkt worden. Am 08. 03. 2012 war eine Delegation des Ortsverbandes beim **SPD-Landtagsabgeordneten Rainer Hinderer** (Bericht unter „News"). Thema hier war die Einsparpolitik der Regierung und die Auswirkungen auf die Kollegen in Heilbronn. Ein Besuch der Anstalt mit anschließendem Meinungsaustausch ist für den 04. 05. 2012 geplant. Auch der **Staatssekretär im Finanzministerium Ingo Rust** hat sein Kommen zugesagt.

Weiterhin besteht der Kontakt zur **CDU-Fraktion** mit dem Landesvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten **Thomas Strobl**, dem Kreisvorsitzenden **Bernhard Lasotta MdL** und **Alexander Throm MdL.**

Der stellvertretende Landesvorsitzende **Wolfgang Neureuther** richtete der Versammlung herzliche Grüße des Landesvorstandes aus.

Weiter informierte er über die aktuelle Situation im Landesverband und über sein Fachgebiet „Werkdienst". Hier werden zurzeit Verbesserungen in der Meisterzulage angestrebt.

Ernst Steinbach, der Ende letzten Jahres zu einem der stellvertretenden Vorsitzenden im Seniorenverband **BRH Baden-Württemberg** gewählt worden war, ging in seinen Ausführungen auf die aktuellen Strukturveränderungen im Beamtenbund und im **BRH** ein.

Weiterhin berichtete er über die politische Situation in Baden-Württemberg. Während sich die **SPD** in der Regierungskoalition wieder den Beamten annähere, gingen die **Grünen** von ihrem beamtenfeindlichen Kurs nicht ab. Er gab auch noch einen kleinen Einblick, was an Einsparungen in den nächsten Jahren zu befürchten sei. **Thomas Stuntz** dankte **Wolfgang Neureuther** und **Ernst Steinbach** für ihre Ausführungen über die derzeitige schwierige Situation. Nachdem der Kassenwart **Lars Rinklin** seinen Bericht vorgetragen hatte, der auch in schriftlicher Form den Anwesenden vorlag, wurden langjährige Mitglieder für ihre Treue geehrt.

Für **50 Jahre Verbandszugehörigkeit** wurden **Helmut Dierks, Paula Dierks** und **Lothar Bächle** mit der **goldenen Ehrennadel des BSBD** ausgezeichnet. **25-jährige Mitgliedschaft** feiert Kollege **Eberhard Frank.**

Nachdem keine Anträge eingegangen waren, wurden noch Fragen der Mitglieder beantwortet, bevor es zum gemütlichen Teil überging. Einen herzlichen Dank an die Küche der JVA Heilbronn und **Kollege Schäfer,** der hinter der Theke stand.

Lars Rinklin

V.l.: stellv. Vorsitzender Ralf-Peter Schaffner, Lothar Bächle, Helmut Dierks, Vorsitzender Thomas Stuntz. *Fotos: (3) BSBD-Baden-Württemberg*

V.l.: Ehrenmitglied im Landesverband Wolfram Müller, Ortsverbandsvorsitzender Thomas Stuntz, Ehrenmitglied Ernst Steinbach.

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.
0800 - 1000 500
Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 35 Jahren.

Beamtendarlehen supergünstig
5,27% effektiver Jahreszins*
Laufzeit 7 Jahre
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-finanz.de
www.AK-Finanz.de

*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. Äußerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%, Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.

Vor Ort beim OV Heilbronn

Staatssekretär im Finanzministerium Ingo Rust (SPD) und Abgeordneter Rainer Hinderer (SPD) informierten sich

Nachdem vor knapp einen Monat der Vorstand des Ortsverbandes Heilbronn im Abgeordnetenbüro beim SPD-Landtagsabgeordneten Rainer Hinderer über die Einsparpolitik der Landesregierung angehört worden war, kam es am 04. Mai 2012 zu einem Gegenbesuch in der JVA Heilbronn. Auch der Staatssekretär im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft – Ingo Rust (SPD) – nahm sich die Zeit, um sich ein Bild über die tägliche Vollzugsarbeit unserer Kolleginnen und Kollegen zu machen.

Nach der Begrüßung durch den Anstaltsleiter – **Herrn Dickemann** – und dem Ortsverbandsvorsitzenden **Stuntz** wurden die Gäste durch verschiedene Bereiche der Justizvollzugsanstalt geführt. Anfangs richtete sich der Blick auf die Baulücke des Neubaus, der aus finanziellen Gründen bisher nicht fortgeführt werden konnte. **Herr Rust** bestätigte aber, dass die Baumaßnahmen noch in diesem Jahr fortgesetzt werden sollen. Die Notwendigkeit dieser neuen Haftplätze nach den Richtlinien einer menschenwürdigen Unterbringung der Gefangenen wurde den Abgeordneten bei der Besichtigung der Hafträume – teilweise mit Doppelbelegung – unmittelbar ersichtlich.

Aber auch die Arbeit und der Aufgabenbereich der Vollzugsbeamten wurden aufgezeigt, bei dem jeder einzelne Beamte

V. l.: Rainer Hinderer, Ingo Rust und VDL Werner Gemmrich bei der Führung durch die Anstalt.

einen entscheidenden Beitrag zur Resozialisierung der Gefangenen zu leisten hat. Dass hierbei nur ein Beamter für viele Gefangene in der Abteilung zuständig ist, wurde auch von den Politikern bewundert. Jedoch wird dies bei Einsparungen der Landesregierung nicht berücksichtigt, wodurch Unmut und Unzufriedenheit im Kollegenkreis immer mehr anwachsen. Wo der „kleine Vollzugsbeamte“ unter zunehmend schwierigeren Bedingungen seinen Dienst leistet, wird im Gegenzug von den politischen Verantwortlichen nach Möglichkeiten gesucht, in allen Bereichen zu sparen. Die schon

HPR-Vorsitzender Konrath und Staatssekretär Rust bei der Haftraumbesichtigung.

jahrelang vollzogenen Einschränkungen scheinen in Zeiten von wirtschaftlichem Aufschwung nicht ausreichend zu sein, um weitere parteipolitische Ziele der jeweiligen Regierungsfraktionen in Baden-Württemberg umzusetzen.

Sogar **Bundesfinanzminister Schäuble** steht zu höheren Abschlüssen bei den aktuellen Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Tarifbereichs wie auch für Millionen von Industriebeschäftigten und ebenso für seine Bundesbeamten.

Nach der Begehung des Zellenbaus wurden die Werkbetriebe besichtigt und hier die Wichtigkeit der Gefangenenbeschäftigung veranschaulicht.

Die Gefangenenarbeit war auch eines der Hauptthemen bei der anschließenden Diskussionsrunde mit den Vertretern des **BSBD**. Der OV-Vorsitzende **Thomas Stuntz** bedankte sich im Vorfeld für die Bereitschaft, hier Rede und Antwort zu stehen und direkt aus der Regierungsarbeit zu berichten. Ein herzlicher Dank ging auch an den **Abgeordneten Hinderer,** der sich bereits seit dem letzten Treffen für ein Anliegen des **BSBD**-OV Heilbronn erfolgreich eingesetzt hat.

Nachdem sich die Abgeordneten nun ein Bild von der Vollzugsarbeit gemacht hatten, wurde die zu erwartende Einsparpolitik bei den Beamten im Haushalt 2013/14 angesprochen. Es wurde nochmals betont, dass die meisten Kollegen im Justizvollzug (ca. 90%) im mittleren Dienst sind und zu erwarten ist, dass einige Kollegen in A 7 oder A 8 pensioniert werden. Man kann hier sicherlich nicht mehr von Privilegien sprechen. Auch die Beförderungssperre bei Kollegen, die nicht mehr uneingeschränkt dienstfähig sind, müsste neu überdacht werden. Als Beispiel wurde ein Fall aus einer anderen Anstalt genannt, bei dem ein Kollege nach einem Übergriff von Gefangenen aktuell betroffen ist.

Zum Thema „Denkschrift des Landesrechnungshofes“ und die geforderte Schließung von unrentablen Betrieben konnte Staatssekretär Rust beruhigen. Für Kollege Neureuther (**BSBD**-Landesvorstand) und dem ebenfalls anwesenden Hauptpersonalratsvorsitzenden **Georg Konrath** waren dies positive Aussagen. In Zeiten von „Geldknappheit“ müsste man trotzdem wachsam sein, dass solche Einsparungsmöglichkeiten nicht doch

Bei der anschließenden Diskussionsrunde v. l.: R. Hinderer, I. Rust, T. Stuntz.

Fotos: (3) BSBD-Baden-Württemberg

noch in einzelnen Punkten umgesetzt werden. Das System der Gefangenenbeschäftigung darf auch im Interesse der Allgemeinheit nicht verändert werden, so **Wolfgang Neureuther.**

Bei Kaffee, Brezeln und Süßen Stückchen aus der eigenen Anstaltsbäckerei wurden noch über weitere Probleme gesprochen. Kollege **Stuntz** präsentierte aber auch zugleich Lösungsansätze, die von den Abgeordneten dankend angenommen wurde. **Staatssekretär Ingo Rust** bedankte sich für die guten Ideen, die er in seine Konzepte mit aufzunehmen versprach.

Er bedankte sich herzlich für die Einladung des **BSBD**-Ortsverbandes Heilbronn und wünschte sich, ebenso wie der **Abgeordnete Hinderer,** die Weiterführung des nun entstandenen Kontakts. Er bat ausdrücklich darum, dass man sich bei ihnen melden solle, falls weitere Probleme auftauchen würden.

Aber auch den Kolleginnen und Kollegen dankte er für die tägliche Arbeit, die jeder einzelne für die Gesellschaft bringt, und er hofft, dass zukünftig Einsparungen in diesem Bereich vermieden werden könnten. *Lars Rinklin*

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

Mitgliedervorteile

Sommer 2012

Liebe BSBD-Mitglieder,
letztes Jahr begann die Kooperation mit dem Musical-Anbieter Stage-Entertainment für die Produktionen in Stuttgart, die sehr gut von unseren Mitgliedern angenommen wurde. **Nach einigen Verhandlungen wurde uns nun auch Vergünstigungen zu den deutschlandweiten Musical-Produktionen ermöglicht.**
Auch der Buchungsprozess wurde vereinfacht. Einfach einloggen unter:
www.kartentipp.de/mitarbeitervorteil – Code: **BSBD**

Der **BSBD** vermittelt nur die Vorteilsangebote und übernimmt hierfür keinerlei Gewährleistung. Anbieter ist Stage-Entertainement.

PRESSESPIEGEL

Pressespiegel zu den Themen:

- **Sonderopfer, Gleichbehandlung und Gerechtigkeit**
- **hierzu: Regierungshandeln der Grün-Roten Koalition**
- **JVA-Standortsuche auf der Zollernalb**

Wenn es um Gleichbehandlung und Streben nach Gerechtigkeit geht, dann gibt es eine hochprofessionalisierte Beamtengruppe, die dafür ein ganz besonderes Gespür, eine ganz feine Sensibilität entwickelt hat: das sind die Bediensteten in allen Bereiche der Justizvollzugsanstalten. Dieses unteilbar miteinander verbundene Begriffspaar ist die Maxime ihres Handelns in der alltäglichen Vollzugsarbeit mit den Gefangenen. Die praktische Umsetzung ist nicht immer einfach und geht gelegentlich auch schief, aber so gut wie jeder und jede Bedienstete hat das Erreichen und das Vervollkommnen dieser Maxime zur Eigenheit gemacht. Deshalb schlägt es auch bei den Vollzugsbediensteten besonders heftig ein, wenn Landesregierung und grüner Fraktionsvorsitz nicht einmal schwache Versuche zur Gleichbehandlung und zur Gerechtigkeit gegenüber ihren beamteten Landesbürgern unternehmen. Darüber möge sich der geneigte Leser aus den **folgenden Pressever-lautbarungen** nun selbst ein Bild machen.

BBW-Pressemitteilung vom 18. 04. 2012

BBW läutet Protestrunde ein – Reaktion auf jüngste Sparüberlegungen

Deutliche Worte äußerte der **BBW-Vorsitzende Volker Stich:** Der Landesregierung stehe „haushaltspolitisch das Wasser bis zum Hals“. Deshalb fange sie wohl an, „sich neue Opfer für die ungeliebten Beamten zu überlegen“. Zugleich warf **Stich** der Koalition mangelnden Sparwillen vor. Seit Regierungsantritt habe sie keine Aufgabenanalyse betrieben, aber unterm Strich zwei Milliarden Euro mehr ausgegeben als die Vorgängerregierung. In Anbetracht der **grün-roten Sparüberlegungen** erwartet der **BBW** eine Menge Ungemach, auch bei der anstehenden Besoldungsanpassung im kommenden Jahr. **BBW-Chef Stich** droht bereits heute mit entschiedenem Widerstand, sollte die Regierung dann die Beamten schlechter stellen als die Tarifbeschäftigten des Landes. In den ***„Stuttgarter Nachrichten“*** kündigte er an: Wenn im selben Büro zwischen Angestellten und Beamten in Sachen Bezahlung Welten liegen, werde der **BBW** Verfassungsklage einreichen.

Kommentar: Landeshaushalt und Beamtengehälter

Die Rechnung geht nicht auf

Staatsanzeiger vom 02. 03. 2012

Es wirkte wie ein Taschenspielertrick. 20.000 Beamte ließ **Ministerpräsident Winfried Kretschmann** am Dienstag in Stuttgart verschwinden. Selbstverständlich bloß in der Theorie. Dies würde den Haushalt um eine 1 Milliarde Euro entlasten – mithin um jenen Betrag, den die Beamten dem Staat nach Ansicht ihres obersten Dienstherrn schuldig sind.

War dies schon großes Theater, wurde der Auftritt noch getoppt von dem, was **SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel** am Mittwoch präsentierte. Er rechnete den Kürzungsbedarf auf 15.000 Beschäftigte herunter, indem er die Deckungslücke kurzerhand um eine Milliarde Euro und den Sparbetrag der Beamten um mehrere Hundert Millionen Euro reduzierte. Doch wo das Streichkonzert beginnen soll, welche Stellen im öffentlichen Dienst überflüssig sind, das verrieten die beiden Herren nicht. Es dürfte ihnen auch schwerfallen Schon heute sind die Belegschaften vielerorts so ausgedünnt, dass die Arbeit bloß erledigt werden kann, wenn Beamte Überstunden machen und praktisch nie krank sind.

Das weiß die **grün-rote Landesregierung**, sonst hätte sie nicht die Zahl der Stellen bei der Polizei und bei der Betriebsprüfung gezielt ausgebaut.

Wenn eine einseitige Fixierung auf die Schuldenbremse – sie zwingt die Länder, ab 2020 keine neuen Schulden mehr aufzunehmen – dazu führen sollte, dass der öffentliche Dienst kaputt gespart wird, wäre dies fatal. Er ist, das hat die Krise der Jahre 2008 bis 2010 gezeigt, ein einzigartiger Standortfaktor. Und keine Kuh, die nach Belieben gemolken werden kann, um öffentliche Haushalte aus Schieflagen zu befreien, für die sorglose Politiker verantwortlich sind.

Michael Schwarz

Staatsanzeiger 01. 03. 2012

Beamte verdienen kaum mehr als vor 38 Jahren

Volker Stich hat bei einer Veranstaltung des Beamtenbunds am in der Stuttgarter Liederhalle aus einer Studie von **Armin Aufrecht** zitiert. **Aufrecht** ist Personalratsvorsitzender im Innenministerium. In dieser Funktion geriet er in der Vergangenheit oft in Erklärungsnot, wenn ihm die angeblich so üppigen Beamtengehälter vorgehalten wurden. Er besorgte sich Zahlen vom Statistischen Landesamt. Sie belegen, so **Aufrecht,** dass es seit 1974 im öffentlichen Dienst kaum mehr als einen Inflationsausgleich gab, während die Gehälter in der freien Wirtschaft real um 55 Prozent stiegen.

Aus: PFORZHEIMER ZEITUNG vom 31. 03. 2012:

Staatsdiener im Visier

Von Andreas Fiegel/Stuttgart

„… Ohne Einschnitte in den Beamtenapparat, der inclusive Sachkosten 50 Prozent des gesamten Ausgabevolumens verschlingt, ist die Etatsanierung nicht zu machen.

Deshalb dürfte sich der **BBW-Chef** beim Stellenabbau gesprächsbereit zeigen. Nicht mit sich reden lassen will **Stich** indes, wenn es um Kürzungen bei den Einkommen geht.

Kategorisch sagt er: **„Das ist mit uns nicht zu machen."** Das gelte auch für die Versorgungsleistungen für Pensionäre und Hinterbliebenen, die ein „Recht auf ordentliche Alimentation" hätten. Energischen Widerspruch erntet **Stich** in diesem Punkt vom **Bund der Steuerzahler (BdSt).**

„Wir müssen an die Beamtenpensionen rangehen", verlangt **BdSt-Landeschef Winfried Krahwinkel**, zumal die Zahl der Pensionäre seit 2000 von Jahr zu Jahr im Schnitt um 3000 Personen anwachse.

Für ihn steht außer Frage: Das Rentenrecht ist wirkungsgleich auf die Pensionen zu übertragen.

Soll heißen: Streichung der übrig gebliebenen Teile der 13. Pension und Einführung eines Nachhaltigkeitsfaktors bei der Pensionsanpassung.

Letzteres hätte zur Folge, dass die Altersbezüge für ehemalige Beamte von den Besoldungserhöhungen abgekoppelt würden.

Stichs Gegenargument: **Krahwinkel** vergleiche Äpfel mit Birnen. Bei Rente und Pensionen handele es sich um zwei völlig unterschiedliche Systeme."

(Es gab einmal einen hochgestellten mächtigen Standesfunktionär, der zum Gegensteuern der Überalterung der Gesellschaft und zur Vermeidung der dadurch steigenden Gesundheitskosten bereits 1998 ein „sozialverträglichen Frühableben" zu fördern gedachte. Da ist es nicht weit zu dem Schritt, bei den heutigen Ruheständlern über ein „fiskalverträgliches Frühableben" nachzusinnen.)

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.
0800 - 1000 500
Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 35 Jahren.

Beamtendarlehen supergünstig
5,27% effektiver Jahreszins*
Laufzeit 7 Jahre
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-finanz.de
www.AK-Finanz.de

*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. Äußerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%, Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.

Im öffentlichen Dienst ist alles anders:

Prämien in der Wirtschaft – Spardiktate bei Beamten

Aus: SENIORENMAGAZIN DES BRH BW, 4/2012

„Während in der Privatwirtschaft Unternehmen bestimmten Branchen ihren Beschäftigten mit fünfstelligen Prämien für ihre Arbeit danken, diktiert das Land seinen Beamten Sonderopfer. Selbst Steuermehreinnahmen von über 2,5 Milliarden Euro reichen der **grün-roten Landesregierung** für einen ausgeglichenen Haushalt nicht aus. Um Deckungslücken … zu schließen, bittet sie die Beamten und Versorgungsempfänger mit einem 130-Millionen-Beitrag zur Kasse.

Ganz anders sieht es in der Privatwirtschaft aus: Die **Daimler-Beschäftigten** bekommen in diesem Jahr mit dem April-Gehalt eine 4.100-Euro-Prämie überwiesen.

Daimler-Chef Zetsche … : „Damit wollen wir die Arbeit und den hervorragenden Einsatz 2011 belohnen und honorieren.“ In 2011 hatte die Daimler AG ihren Mitarbeitern bereits einen Bonus von 3.150 Euro als Anerkennung für das sehr gute Geschäftsjahr 2010 plus 1.000 Euro „Geburtstagsgeld“ … gezahlt.

Andere Automobilhersteller hielten es ähnlich: 2011 gab es auch für die 42.500 Tarif-Mitarbeiter von **Audi** ein großartiges Geschenk.

Audi-Chef Rupert Stadler gestand den Mitarbeitern mit 6.513 Euro die höchste Erfolgsbeteiligung in der Unternehmensgeschichte zu. (*Die Gesamtsumme beläuft sich damit auf 276.802.500 Euro. Red)…*

Rekordgewinne im Jahre 2010 verzeichnete auch **BMW** und honorierte dies seinen Mitarbeitern mit einem lukrativen Geldgeschenk. Im Schnitt erhielten tarifliche **BMW-Mitarbeiter** einen Bonus in Höhe von 5.840 Euro. Rechnet man das Weihnachtsgeld 2011 mit ein, dann bekamen die **BMW-Beschäftigten** ein Extra-Geld in Höhe von 7.490 Euro.

Auch **Volkswagen** hat seine Mitarbeiter an den Unternehmenserfolgen 2010 mit Prämien von 4.000 Euro im Schnitt beteiligt. Soviel zur Unternehmenskultur in der freien Wirtschaft. Im öffentlichen Dienst hingegen ticken die Uhren anders!“ *db*

*(Hier gibt es zudem baden-württembergische Ungereimtheiten: Bei einem Besuch der **Daimler AG** im April 2012 hat **Ministerpräsident Kretschmann** dem **Daimler-Chef Zetsche** 50 Millionen Euro zur Entwicklung der Elektromobilität versprochen. Bei den zweistelligen Milliardengewinnen, die der Automobilkonzern einstreicht, ist ja diese Summe geradezu ein Nasenwasser, die das Werk mit Leichtigkeit selbst beisteuern könnte. Diese 50 Millionen wären auch in einem knappen halben Jahr mit dem monatlichen Manager-Gehalt von Herrn **Zetsche** erreicht.)*

Aus: BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN vom 03. 04. 2012:

Millionen für Manager-Renten

„Hamburg (dpa) Die Vorstände der 30 Dax-Konzerne dürfen sich einem **‚Spiegel‘-Bericht** zufolge über üppige Pensionsansprüche freuen. Nach Berechnungen des Nachrichtenmagazins haben die deutschen Top-Unternehmen für ihre amtierenden Vorstände mehr als 637 Millionen Euro für Pensionszahlungen zurückgestellt. Spitzenreiter in der Riege der Vorstandsbosse ist demnach Daimler-Lenker **Dieter Zetsche**. Wie das Blatt schreibt, liegt der Wert seiner bisher zugesagten Pensionsanwartschaften bei 29,6 Millionen Euro. Dahinter folgen VW-Boss **Martin Winterkorn** mit 19,7 Millionen Euro, Deutsche-Bank-Chef **Josef Ackermann** mit 18,8 Millionen Euro, Siemens-Chef **Peter Löscher** mit 12,8 Millionen Euro und Eon-Chef **Johannes Teyssen** mit 11,7 Millionen Euro. Anders als die meisten Beschäftigten können zahlreiche **Dax-Vorstände** ihre Renten dem **‚Spiegel‘** zufolge bereits im Alter von 60 Jahren beziehen, ohne dafür einen Abschlag hinnehmen zu müssen.“ …

*(Da lassen einen kleine Umrechnungen schon sehr staunen: Für den Verbrauch der Rente von **Herrn Zetsche** müsste ein Rentner mit einer schon überdurchschnittlichen monatlichen Rente von 1.500 Euro sage und schreibe rd. 1.600 Jahre leben – oder man könnte 80 Rentner 20 Jahre mit monatlich 1.500 Euro bezahlen. Die Gesamtrückstellungen von 637 Mio. würden unter den gleichen Voraussetzungen immerhin für 1.770 Rentner 20 Jahre lang ausreichen. Auch diesen Umständen könnte sich mal der **Steuerzahlerbund** annehmen – und nicht immer nur die Beamtenpensionen anvisieren.)*

Aus BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN vom 26. 04. 2012:

Mehr Geld in der Tasche

Berlin. Deutschlands Arbeitnehmer werden trotz Euro-Schulden-Krise deutlich mehr Geld in der Tasche haben.

Die Einkommen werden nach der jüngsten Wirtschaftsprognose der Bundesregierung 2012 und 2013 mit über drei Prozent so stark wie seit zehn Jahren nicht mehr steigen.

Heimische Firmen sind in Top-Verfassung

Wirtschaftsminister **Philipp Rösler (FDP)** sieht die heimischen Firmen in Top-Verfassung.

Nach 0,7 Prozent in 2012 soll das Wachstum der neuen Frühjahrsschätzung zufolge 2013 bei 1,6 Prozent liegen.

„… Bei Löhnen und Gehältern soll das Plus laut Regierung in diesem Jahr bei 3,3 Prozent liegen. Im nächsten Jahr steigen sie danach um weitere 3,1 Prozent. Die Teuerungsrate bleibe mit 2,3 Prozent hoch.“ …

Tim Braune

*(Der **BSBD** hört dies wohl, allein ihm fehlt der Glaube und er stellt die bange Frage: Treffen diese Prozentzahlen auch auf die zu erwartenden Gehaltssteigerungen für die Landesbeamten in Baden-Württemberg zu?)*

dbb-aktuell Nr. 19 vom 20. 04. 2012

dbb lobt zügige Anpassung

(dbb) Das Bundesinnenministerium hat am 18. April 2012 den Entwurf eines Bundesbesoldungs- und -Versorgungsanpassungsgesetzes 2012/2013 vorgelegt Damit soll der Tarifabschluss für die Arbeitnehmer bei Bund und Kommunen vom 31. März 2012 auf die Dienst- und Versorgungsbezüge der Bundesbeamtinnen und -beamten sowie der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Bundes übertragen werden. **Im Einzeln sieht der Gesetzentwurf vor:** Lineare Anhebung der

Dienst- und Versorgungsbezüge in drei Schritten durch die zeit-und inhaltsgleiche Übernahme des Ergebnisses im Tarifbereich. Die Erhöhungen vermindern sich indes gemäß § 14a Abs. 2 Satz 1 Bundesbesoldungsgesetz um jeweils 0,2 Prozentpunkte.

Die 76 Millionen Euro, die aus diesen Kürzungen der Besoldungs- und Versorgungserhöhung resultieren, werden der Versorgungsrücklage des Bundes zugeführt.

Dementsprechend erhöhen sich dem Entwurf zufolge die Dienst- und Versorgungsbezüge im Bereich des Bundes

- **zum 1. März 2012 um 3,3 Prozent**
- **zum 1. Januar 2013 um 1,2 Prozent** und
- **zum 1. August 2013 um 1,2 Prozent**

Die Anwärterbezüge erhöhen sich nach dem Entwurf analog zum Tarifergebnis

- **zum 1. März 2012 um 50 Euro** und
- **zum 1. August 2012 um 40 Euro**.

Der **dbb** begrüßt die zügige Vorlage des Gesetzentwurfs sowie die beabsichtigte zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisse auf den Beamtenbereich des Bundes und wird beim Beteiligungsgespräch zum vorgelegten Gesetzentwurf am 2. Mai 2012 im Bundesinnenministerium detailliert Stellung nehmen.

dbb-aktuell Nr. 17 vom 04. 05. 2012

Beteiligungsgespräch zur Besoldungsanpassung: Bundesregierung hält Wort

(dbb) Lobende Worte bat der **dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen** für den jetzt vorgelegten Gesetzentwurf zur Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge im Bund in den Jahren 2012/2013 gefunden. „Damit halten die Bundesregierung, das Bundesinnenministerium und das Bundesfinanzministerium Wort", sagte **Heesen** bei einem kurzfristig anberaumten Beteiligungsgespräch zu dem Gesetzentwurf am 2. Mai 2012 in Berlin. Wie angekündigt sei der Gesetzentwurf zeitnah vorgelegt worden. Auch inhaltlich sei der Entwurf „in allen Punkten ausdrücklich zu begrüßen", so der **dbb Chef.**

Der **dbb** habe sich diesmal gern mit der Verkürzung der Beteiligungsfrist einverstanden erklärt. Denn schließlich sei mit der Vorlage die wichtige Botschaft an alle Beamten und Versorgungsempfänger des Bundes gegeben, dass sie mit den vorgesehenen Anpassungen an der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse beteiligt werden. Nach dem Tarifergebnis vom 31. März 2012 wird der Bund per Gesetz die Dienst- und Versorgungsbezüge für die Beamten, Soldaten, Richter und Versorgungsempfänger des Bundes zeit- und inhaltsgleich anpassen. Als positiv hob der **dbb Bundesvorsitzende** insbesondere de Erhöhung der Anwärterbezüge und die Einbeziehung der Versorgungsempfänger hervor. „Durch die Anhebung im Bereich der Anwärterbezüge wird dem Anliegen der dringend notwendigen Nachwuchsgewinnung Rechnung getragen und die Absenkung aus dem Jahr 1998 zumindest zum Teil korrigiert", so **Heesen**. Dies sei auch im Zusammenhang mit der Demographiestrategie der Bundesregierung ein zentraler Punkt für die Attraktivität des öffentlichen Dienstes.

Das Bundeskabinett wird sich voraussichtlich bereits Mitte Mai mit dem Gesetzentwurf befassen, so dass der Bundestag noch vor der Sommerpause erreicht werden kann.

*(**BSBD** – und sicher auch der **BBW** – sehen mit großer Spannung auf das kommende Jahr mit der Frage, wie die **grün-rote Landesregierung** und vor allem die **grüne Fraktionsspitze** es anstellen, den Abschluss für die öffentlichen Tarifbeschäftigten mit einem Gesamtvolumen von 6,3 Prozent sowie den von **Bundesfinanzminister Schäuble** und **Bundesinnenminister Friedrich** fest eingeplanten Abschluss für deren Bundesbeamten nunmehr deckungsgleich auf ihre vielgelobten und tüchtigen Landesbeamten zu übertragen.)*

Aus: BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN vom 11. 05. 2012

Einschnitte bis Ende Juli

Stuttgart (lsw). Die **Landesregierung** will bis Ende Juli über Einschnitte bei den Beamten in dieser Legislaturperiode entscheiden. Im Gespräch sind Abstriche bei der Beihilfe und ein langfristig angelegter Abbau von über 10.000 Stellen im öffentlichen Dienst. ‚Bis zur Sommerpause wollen wir die Personalfragen und die damit zusammenhängenden Punkte abhandeln', sagte der **Finanzstaatssekretär Ingo Rust (SPD).**

Der **Staatssekretär im Staatsministerium, Klaus-Peter Murawski (Grüne),** machte deutlich, dass ihm der allmähliche Abbau von Stellen in der Verwaltung lieber sei als Eingriffe in die Versorgung von Beamten. ‚Wir brauchen eine Effizienz-Steigerung um 15 Prozent und eine Aufgabenkritik.' Wenn dies bis 2020 gelinge, könne dadurch die Deckungslücke von fast 2,8 Milliarden Euro geschlossen werden. Er und Rust leiten den Lenkungsausschuss der Regierungskommission, die Sparvorschläge erarbeiten soll. **Murawski** erklärte, es sei besser zu restrukturieren, ‚bevor man an soziale Besitzstände geht'. Bei einem solchen Umbau der Verwaltung würden Aufgaben wegfallen, so dass auch Stellen gestrichen werden könnten."

… und wie sinnig: In der gleichen Ausgabe der BNN ist folgendes zu lesen:

Steuerquellen sprudeln kräftig

Stuttgart (dpa/lsw)**.** Die **grün-rote Koalition** in Baden-Württemberg kann sich bis 2014 auf **422 Millionen Euro mehr Steuern** einstellen als bisher geplant. Die brummende Konjunktur beschere dem Land 2012 noch einmal ein Plus von rund 66 Millionen Euro, wie die Nachrichtenagentur **dpa** aus Koalitionskreisen erfuhr. Für das Jahr 2013 rechnen die Schätzer mit zusätzlichen Steuermehreinnahmen in Höhe von rund 184 Millionen Euro und für das Jahr 2014 mit einem Plus von 172 Millionen Euro."

Aus: SCHWARZWÄLDER BOTE
vom 26. 03. 2012

Wettlauf um Großknast startet

Von Volker Rath

Zollernalbkreis – Kurioser Wettlauf um Investitionen, krisensichere Arbeitsplätze, Steuergelder und anrechenbare Einwohner, die eigentlich lieber woanders wären: Mittlerweile melden vier Städte Interesse an, Standort des neuen Großgefängnisses zu sein.

Eigentlich schien es so gut wie sicher, dass die neue Justizvollzugsanstalt des Landes nach **Rottweil** kommt. Allerdings zieht sich dort die Standortsuche seit Jahren hin. Wo immer der **Rottweiler Gemeinderat** einen Standort benannte, formierte sich umgehend massiver Widerstand – in der eigenen Bürgerschaft rund um den Standort und bei den Nachbarkommunen. Offenbar hat niemand grundsätzlich etwas gegen das Großgefängnis, solange es nicht vor der eigenen Haustür steht.

Zwar beteuert der **Rottweiler Rat** diese Woche, an den beiden umstrittenen Standorten Stallberg und Bitzwäldle festzuhalten. Allerdings gibt es mit beiden Flächen Probleme …: Der Stallberg steht auf Gipsgrund, gegen den Bitzwald an der Kreisgrenze zur Zollernalb laufen Naturschützer, Zepfenhaner und Schömberger Sturm. Und die Gegner feiern Etappensiege, der örtliche Naturschutzverein wertet den neuen Standortsuchlauf des Landes als „Teilerfolg". *(Der erneut aufgenommene Suchlauf ist übrigens auch ein Wahlgeschenk der Herren **Kretschmann** und **Schmid**.)*

So ein Gefängnis hätten viele gern

Mittlerweile wittern offenbar auch andere Städte ihre Chance und bringen sich in Stellung: Als erstes hob **Rottenburg** den Finger. Der Gemeinderat hat diese Woche ebenfalls beschlossen, eine Bewerbung beim Land einzureichen. Das ehemalige Flugplatzgelände bei Baisingen soll angeboten werden. Allerdings formiert sich in dem Dorf bereits der Widerstand. Eine Bürgerinitiative hat sich gebildet und bereits mehr als 300 Unterschriften gegen das Projekt vor ihrer Haustür gesammelt. Sie sehen nicht nur die Landschaft, sondern auch das „Sozialgefüge" in Gefahr, wenn zu den 1200 Einwohnern 500 bis 700 Häftlinge kommen sollen. Abgewunken hat **Villingen-Schwenningen**. Die Stadt will keinen Standort-Suchlauf starten, allerdings meldet ein privater Grundstückseigentümer Interesse an einer JVA an.

Auch **Hechingen,** Stadt mit Untersuchungsgefängnis und Landgerichtssitz, warf den Hut in den Ring. Der Rat beschloss bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen, eine Bewerbung einzureichen.

In **Hechingen** ist seit Jahren ein sogenannter „Vorsorgestandort" für ein Jugendgefängnis ausgewiesen. Die Fläche befindet sich an der Zufahrt zur Kreismülldeponie. Bislang ging die Stadt aber davon aus, dass die Fläche zu klein für die neue Groß-JVA ist. Außerdem liegt sie in landschaftlich sensiblem Terrain am Albtrauf. **Hechingen** sieht offenbar die Chance, mit hunderten von Häftlingen über die magische Schwelle von 20.000 Einwohnern zu springen und damit den Status einer großen Kreisstadt zu erhalten, was aus eigener Kraft so einfach nicht zu schaffen ist. Die Einwohnerzahl stagniert seit Jahren.

Eine Bewerbung bereitet derzeit auch eine zweite Stadt im Zollernalbkreis, **Meßstetten**, vor. Der Gemeinderat beschloss in seiner Klausurtagung, das Projekt zumindest weiterzuverfolgen. Die Stadt überlegt fieberhaft, wie sie den geplanten Abzug der Bundeswehr kompensieren könnte. **Meßstetten** liegt zwar etwas ab vom Schuss, mit der Zollernalbkaserne könnte aber schon bald eine erschlossene Fläche frei werden. Der dortige Rat hat sich bereits einen profunden Referenten eingeladen: **Hans-Peter Wurdak**, Leiter der Justizvollzugsanstalt Offenburg. Er gab aus eigener Erfahrung Entwarnung in Fragen, die die Bevölkerung stets am meisten bewegt: Eine Gefahr durch Freigänger oder Ausbrecher bestehe nicht, die Anlieger würden sich durch erhöhte Polizeipräsenz eher sicherer fühlen. Die Immobilienpreise seien durch das Image, Knaststandort zu sein, nicht eingebrochen, auch der Fremdenverkehr leide nicht. Dafür hätten Einzelhandel und Handwerk Vorteile. Als „Faustformel" könne gesagt werden, dass ein Arbeitsplatz auf zwei Gefangene komme. Wirtschaftliche und strukturpolitische Erwägungen sind stets die Motivation für Bewerbungen, für die die Frist Ende des Monats (März) ausläuft. Es geht nicht nur um schätzungsweise 250 Arbeitsplätze, sondern auch um die Häftlinge selbst: Sie gelten als „anrechenbare Einwohner". Von dieser Quote hängen die sogenannten Schlüsselzuweisungen ab – der Anteil an der Einkommensteuer, den das Land den Kommunen überweist. Der „Grundkopfbetrag" beträgt 932 Euro pro Jahr. Zum Vergleich: **Hechingen** kalkuliert in diesem Jahr mit Schlüsselzuweisungen in Höhe von 4,3 Millionen Euro, rund 11,5 Prozent des Gesamtetats."

(Und oft genug können auch die Bürgermeister erfreut die Hände reiben, denn durch die gestiegene Einwohnerzahl können sie eventuell in höhere Gehaltsstufen eingruppiert werden.)

Pressespiegel:** Zusammenstellung und Kurzkommentierung: **wok

Mitteilung des Statistischen Landesamts:

Auslastungsquote liegt bei bei 87 Prozent

Der Rückgang der Zahl der Inhaftierten in Baden-Württemberg ist für **Justizminister Rainer Stickelberger** eine positive Entwicklung. „Es freut mich, dass die Zeiten der dauerhaften Überbelegung in den Justizvollzugsanstalten des Landes gegenwärtig vorbei sind", sagte der Minister. Nach einer Mitteilung des Statistischen Landesamts waren von den insgesamt 8171 landesweit verfügbaren Haftplätzen zum Stichtag am 30. November vorigen Jahres 7099 belegt. Damit habe sich die Belegungssituation entspannt. Der Rückgang der Gefangenenzahlen ist für **Stickelberger** jedoch kein Grund, von den Planungen zur Haftplatzentwicklung abzulassen: „Unabhängig von der Entspannung bei der Belegungssituation geht an einer Strukturveränderung im Justizvollzug des Landes kein Weg vorbei." Denn die Justizvollzugseinrichtungen seien im Durchschnitt sehr alt, zwölf der insgesamt 19 Hauptanstalten seien vor dem Jahr 1918 gebaut worden. „Dazu kommt, dass wir eine Vielzahl kleiner Anstalten mit oftmals weniger als 100 Haftplätzen haben", erklärte der Minister. Um die Sicherheit weiter zu verbessern, eine ausreichende Zahl an Haftplätzen zur Verfügung zu haben und zudem die Wirtschaftlichkeit zu erhöhen, sollen Vollzugsschwerpunkte gebildet werden. Einen dieser Schwerpunkte stellt die Justizvollzugsanstalt Offenburg dar, die seit 2009 in Betrieb ist. Ein weiterer Neubau einer Justizvollzugsanstalt im südlichen Landesteil steht noch aus, derzeit wird dort ein Standort gesucht. „Auch wenn es in den Anstalten in den vergangenen Jahren bereits deutliche Verbesserungen gegeben hat, besteht doch noch immer ein erheblicher Sanierungsbedarf", sagte der Justizminister: „Den müssen wir decken – nicht zuletzt im Interesse eines heimatnahen und den aktuellen Erfordernissen entsprechenden Strafvollzugs."

Medieninformation des Justizministeriums vom 12. April 2012

EINE PRODUKTION VON STAGE ENTERTAINMENT

JETZT TICKETS FÜR EIN UNVERGESSLICHES ERLEBNIS SICHERN.

Im Rahmen des Jubiläums „15 Millionen Besucher" bedankt sich STAGE ENTERTAINMENT mit einer ganz besonderen Angebotsaktion: Ab sofort können Tickets zum Sonderpreis für nur € 59,90* für die Preiskategorien 1 und 2 in ausgewählten Vorstellungen gebucht werden.

Mitarbeiter-vorteil!

Alle Termin sowie Buchungsmöglichkeiten finden Sie unter:
www.kartentipp.de/mitarbeitervorteil
Code: Mitarbeitervorteil

Oder buchen Sie ganz einfach telefonisch
bei unserer Ticket-Hotline 0 18 05 / 114 113
(0,14 €/Min. aus dem dt. Festnetz, Mobilfunkpreis max. 0,42 €/Min.)
Stichwort: Mitarbeitervorteil

Buchungszeitraum: 19.03.2012 – 30.06.2012
für Vorstellungen bis 30.09.2012

Vorstellung	PK 1	PK 2
Mittwoch 18:30 Uhr Donnerstag 19:30 Uhr Sonntag 19:00 Uhr	59,90 €*	59,90 €*
Freitag 19:30 Uhr Sonntag 14:00 Uhr	59,90 €*	59,90 €*
Samstag 14:30 Uhr	59,90 €*	59,90 €*
Samstag 19:30 Uhr	59,90 €*	59,90 €*

*Alle Preise verstehen sich zzgl. 15% Vorverkaufs- und 2 € Systemgebühr. Pro Auftrag werden 4,90 € Versandkosten bzw. für die Tickethinterlegung 2,90 € berechnet. Alle Tickets sind von der Rücknahme sowie Umtausch ausgeschlossen. Karten so lange der Vorrat reicht. Änderungen vorbehalten. Kein Einlass für Kinder unter 3 Jahren.

Das Musical
Ich war noch niemals in New York
mit den Songs von Udo Jürgens

Feiern Sie mit uns!
15 Millionen Musical-Besucher in Stuttgart

Stage Apollo Theater Stuttgart

KartenTipp.de

Die Justizvollzugsanstalt Offenburg ist in Personalnot

Privater Dienstleister Kötter gibt Teilbereiche frühzeitig in staatliche Hand zurück

Der Landesvorsitzende des BSBD, Alexander Schmid, bat am 05. März 2012 um ein dringendes Gespräch mit dem Leiter der Abteilung Justizvollzug im Justizministerium Baden-Württemberg, Herrn Ministerialdirigent Ulrich Futter. Hintergrund war, dass bereits am 02. 03. 2012 die Telefone des BSBD-Landesvorsitzenden Alexander Schmid und seines Stellvertreters und Vorsitzenden des Hauptpersonalrates, Georg Konrath, nicht mehr stillgestanden haben.

Alexander Schmid.

Georg Konrath. *Fotos: (2) BSBD-BW*

Auslöser waren die Gerüchte über einen teilweisen Wegfall der Vertragsleistungen der Firma **Kötter** in Offenburg und daraus resultierend die Anrufe besorgter und bestürzter Kolleginnen und Kollegen. Insbesondere im Bereich des sogenannten „Hilfsdienstes", der den Allgemeinen Vollzugsdienst unterstützten soll, kann **Kötter** trotz intensiver Bemühungen seinen Verpflichtungen offensichtlich nicht mehr nachkommen.

Als Folge dieser Entwicklung bei der Firma **Kötter** wird es nun für das Justizministerium kurzfristig notwendig, 10 Bedienstete des AVD in die JVA Offenburg abzuordnen oder zu versetzen.

Der **BSBD** zeigt sich von dieser negativen Entwicklung bei der Firma Kötter wenig überrascht. Jetzt ist es die solidarische Pflicht aller Bediensteten der Justizvollzugsanstalten in Baden-Württemberg, den Kolleginnen und Kollegen in Offenburg unsere volle Unterstützung zukommen zu lassen. Wir dürfen Offenburg mit diesem Problem nicht alleine lassen.

Der **BSBD** fordert jedoch, dass eine solche Maßnahme nur solidarisch auf alle Schultern verteilt werden darf und keinesfalls einseitig eine Gruppe von Bediensteten (z.B. die derzeit auf den Lehrgängen befindliche Anwärterinnen und Anwärter) die ganze „Last der Maßnahme" allein tragen muss.

„Es müssen transparente Regelungen zu den damit einhergehenden Themen (Trennungsgeld, Dauer einer Abordnung, Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte) geschaffen werden. „Dann bin ich sicher, dass diese und die sicher noch folgenden Maßnahmen rund um die JVA Offenburg, auf Akzeptanz bei den betroffenen Kolleginnen und Kollegen stoßen werden." so Schmid gegenüber dem Abteilungsleiter Herrn Futter.

BSBD-Landesvorsitzender Alexander Schmid und der **Vorsitzende des Hauptpersonalrates Konrath** freuen sich, dass ihre Gedanken und Anregungen bei den Verantwortlichen im Justizministerium auf fruchtbaren Boden gefallen sind und nun eine für alle Beteiligten gangbare positive Lösung gesucht wird, bei der **Freiwilligkeit grundsätzlich** vor Anordnung stehen soll.

Alexander Schmid
Landesvorsitzender
Georg Konrath
Stellvertretender Landesvorsitzender

Justizvollzugspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Karl Zimmermann MdL:

Die „Aufhebung der Arbeitspflicht ist eine vollzugspolitische Bankrotterklärung!"

„Die von zehn Bundesländern geplante Aufhebung der Arbeitspflicht ist eine vollzugspolitische Bankrotterklärung! Diese Länder stehlen sich aus ihrer Verantwortung für die Resozialisierung der Strafgefangenen. **Arbeit ist der Schlüssel zur Resozialisierung.**

Das sehr erfolgreiche Vollzugliche Arbeitswesen in Baden-Württemberg zeigt das in aller Deutlichkeit", erklärte der justizvollzugspolitische Sprecher der **CDU-Landtagsfraktion Karl Zimmermann MdL** am Donnerstag (1. März) in Stuttgart am Rande einer Anhörung zum Vollzuglichen Arbeitswesen im Landtag. Er unterstützte damit die Haltung von Justizminister **Rainer Stickelberger (SPD)**, die Arbeitspflicht in Baden-Württemberg zu erhalten.

„Das Arbeitswesen in Baden-Württemberg ist gut aufgestellt und arbeitet rentabel. Die Arbeitspflicht im Justizvollzug trägt also nicht nur zur Resozialisierung bei, sondern mindert auch die Kosten für die Allgemeinheit", betonte **Zimmermann.** „Es wäre in unserem Land niemandem begreiflich zu machen, dass Strafgefangene nicht zu sinnvollen Arbeiten herangezogen werden dürfen."

„Durch meine über zehnjährige Erfahrung als vollzugspolitischer Sprecher weiß ich auch, dass der Erfolg einer sinnvollen Beschäftigung ohne motiviertes Personal nicht möglich ist. Baden-Württemberg ist jedoch im Vergleich zu vielen anderen Bundesländern mit seinen über 400 Meistern im Werkdienst des Justizvollzugs bestens aufgestellt. Allerdings ist deren Belastung durch die umfangreichen Aufgaben von der Auftragbeschaffung bis zur Auftragsabwicklung, Überwachung und Motivation der Gefangenen sehr hoch. Wir müssen diesen Mitarbeitern zukünftig bessere Perspektiven bieten, nicht zuletzt um auch entsprechendes Fachpersonal aus der Wirtschaft gewinnen zu können. Ich gehe davon aus, dass Herr **Justizminister Stickelberger** hier ebenfalls Handlungsbedarf sieht", so **Zimmermann** abschließend.

STAGE ENTERTAINMENT IN ZUSAMMENARBEIT MIT DEN VEREINIGTEN BÜHNEN WIEN
PRÄSENTIERT EIN MUSICAL VON MICHAEL KUNZE & SYLVESTER LEVAY
REGIE: FRANCESCA ZAMBELLO
Jetzt Tickets für ein unvergessliches Erlebnis sichern.
Im Rahmen des Jubiläums „15 Millionen Besucher" bedankt sich STAGE ENTERTAINMENT mit einer ganz besonderen Angebotsaktion: Ab sofort können Tickets zum Sonderpreis für nur € 59,90* für die Preiskategorien 1 und 2 in ausgewählten Vorstellungen gebucht werden.
Alle Termin sowie Buchungsmöglichkeiten finden Sie unter:
www.kartentipp.de/mitarbeitervorteil
Code: Mitarbeitervorteil
Oder buchen Sie ganz einfach telefonisch
bei unserer Ticket-Hotline 0 18 05 / 114 113
(0,14 €/Min. aus dem dt. Festnetz, Mobilfunkpreis max. 0,42 €/Min.)
Stichwort: Mitarbeitervorteil
Buchungszeitraum: 19.03.2012 – 30.06.2012
für Vorstellungen bis 30.09.2012
Mitarbeiter-vorteil!
Vorstellung | PK 1 | PK 2
Dienstag 18:30 Uhr, Mittwoch 18:30 Uhr, Donnerstag 19:30 Uhr, Sonntag 19:00 Uhr | 59,90 €* | 59,90 €*
Freitag 19:30 Uhr, Sonntag 14:00 Uhr | 59,90 €* | 59,90 €*
Samstag 14:30 Uhr | 59,90 €* | 59,90 €*
Samstag 19:30 Uhr | 59,90 €* | 59,90 €*
*Alle Preise verstehen sich zzgl. 15 % Vorverkaufs- und 2 € Systemgebühr. Pro Auftrag werden 4,90 € Versandkosten bzw. für die Ticketthinterlegung 2,90 € berechnet. Alle Tickets sind von der Rücknahme sowie Umtausch ausgeschlossen. Karten so lange der Vorrat reicht. Änderungen vorbehalten. Kein Einlass für Kinder unter 3 Jahren.
Feiern Sie mit uns!
15 Millionen Musical-Besucher in Stuttgart
REBECCA
DAS MUSICAL
STAGE PALLADIUM THEATER STUTTGART
ticket online
KartenTipp.de